

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Der Zeitungsbüchler und ...

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostpreußen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Abgabepreis für Monat drei Mark (halbmonatlich 1,50 M.), durch die Post bezogen monatlich 2 Mark (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdener Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-A. / Geschäftst. u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 17259 / Postfachnummer Dresden Nr. 13555. Emil Schlegel-Scheidt / Dresden-A. Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme“ Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

3. Jahrgang

Montag, den 16. Mai 1927

Nummer 113

14 Zentner Ginotjew-Briefe Drei Lastautos Dokumente - Erledigter Waffenschwindel

Die Einbrecheraktion der englischen Regierung in die russische Handelsvertretung von London („Der Count von Scotland Yard“ nennt sie die russische Zeitung) dauerte noch an. In der Nacht zum 14. d. M. wurden aus den inzwischen erbrochenen und gelupften Safes 14 Zentner Dokumente auf drei Lastautos abtransportiert. Die Dokumente wurden mit harter polizeilicher Bewachung nach Scotland Yard gebracht, wo sie, da es sich um wertvolle Schriften handelt, eingestuft werden sollen.

Der Waffenschwindel der englischen Regierung hat sich schon erledigt. Die Morning Post hat mitteilen, daß nicht eine einzige Waffe gefunden sei. Angeblich sollte doch ein Waffen-transport die Ursache zur Durchsuchung gegeben haben.

Weiter wird berichtet, daß auch das asiatische Staatsdokument nicht gefunden wurde. Auch dieses Dokument existiert nur in der verbrecherischen Phantasie der englischen Minister, die einen Grund zu der frechen Propaganda der Sowjetrepublik suchten. Die Unerschämtheit der Propaganda und die tatsächliche Unfähigkeit zeigt sich darin, daß auch alle jetzt eingehende Post beschlagnahmt wird. Die englische Polizei nimmt wohl auch an, daß in Briefen Kanonen ankommen, oder daß man das „verschwindende“ Staatsdokument jetzt schnell an die Arcos einleiben werde.

Das Berliner Tageblatt teilt mit, daß die von den englischen Behörden durchgeführte Einbrecheraktion, eine schändliche, ununterbrochene Nacharbeit mit pneumatischen Mauerbrechern und Sprengstoff erfordere, dann aber habe man 7 Tonnen Papier erbracht. Die Einbrecheraktion ist weit fortgeschritten.

Im englischen Unterhaus soll morgen Stellung zu den Vorgehens genommen werden. Im Kabinett soll einige Vermirrung herrschen. Die Zeitung berichtet heute: Wie der diplomatische Korrespondent des Observer meldet, werden morgen im Unterhaus, wichtige Erklärungen über die Durchsuchung des Arcos-Gebäudes abgegeben werden. Unentschieden ist die Frage, ob der Innenminister oder der Außenminister sprechen werde. Daraus läßt sich schließen, daß in der Wall-Street Vermirrung herrscht. Bekannt ist, daß das Außenministerium vor der Durchsuchung nicht gerufen worden ist. Scotland Yard und das Innenministerium hätten wohl geglaubt, der Heberfall würde keine diplomatische Bedeutung haben. Durch die Arbeit der Polizei und des Innenministeriums werde das Auswärtige Amt gezwungen, seine Außenpolitik gegenüber Rußland offen darzustellen, und zwar in einem Augenblick, in dem es besondere Gründe hätte, Zurückhaltung zu üben. Das völlige Schweigen aller amtlichen britischen Kreise während des Waffenschwindels ist ein Zeichen für das Dilemma, in das die britische Regierung

durch ihren Mangel an Zusammenarbeit geraten sei. Ob Scotland Yard im Gewölbe der Arcos oder in den Gewölben der Handelsdelegation gewisse Dokumente finde oder nicht, auf alle Fälle sei das britische Kabinett gezwungen, zu erwägen, ob der Heberfall auf das amtliche russische Gebäude vereinbar sei mit den Beziehungen zu Moskau. Die Meinungsverschiedenheiten hätten anstehend sehr ihren Höhepunkt erreicht.

Die Sowjetregierung verteidigt den Frieden

Berlin, 16. Mai. (Eigene Drahtmeldung.)

Telegramme, die die bürgerliche Presse aus Moskau erhalten haben will, melden, daß die russische Note an die britische Regierung in der Arcosangelegenheit bereits fertig gestellt ist und heute oder morgen der britischen Regierung über ihrem Vertreter in Moskau überreicht wird. Nach diesen Meldungen soll die Note feststellen, daß die britische Regierung auch nach dem letzten Notenaustausch weiterhin eine feindliche Politik gegen die Sowjetunion geführt hat, während die Sowjetregierung sich die größte Mühe zur Verbesserung der englisch-russischen Beziehungen gegeben hat. Die Sowjetregierung sei gezwungen, alle Maßnahmen zum Schutz vor Intrigen der englischen Diplomatie zu ergreifen. Trotz des Vorgehens der britischen Regierung könne sich die Sowjetregierung im Interesse der Beziehungen der beiden Völker jedoch zur Kündigung des russisch-englischen Handelsabkommens nicht entschließen.

Das Staatsdokument nicht gefunden

London, 16. Mai. (Eigene Drahtmeldung.)

Nach Meldungen bürgerlicher Presse wird die Durchsuchung des Gebäudes der Arcos noch fortgesetzt. Wichtige Staatsdokumente, die angeblich verschwunden sein sollen und die nach Angaben der Londoner Polizei ausschließlich die Durchsuchung der Räume der Arcos enthalten, konnten nicht gefunden werden. Es wird gemeldet, daß neuerdings zwei weitere Geheimnisse, die hinter Holztüren verborgen waren, entdeckt wurden. Der Innenminister wird über die Durchsuchung des Gebäudes in der Montagmorgen eine Erklärung abgeben. Wie der Sunday Express berichtet, wurden noch Seiten der Londoner Polizei bereits einige Tage vor der Raubtat als Arbeiter verkleidete Volkspolizisten in das Gebäude geschickt.

An die deutsche Arbeitererschaft!

Klassenkämpfer! Die Kollaboranten des britischen Imperialismus haben einen frechen Heberfall auf die russische Handelsvertretung und auf das Gebäude der Arbeiter-Genossenschaften in London verübt. Eine Hausdurchsuchung soll Material zur Fertigstellung der Kriegspläne der englischen Brandstifter zur Stelle schaffen.

Die Gaunertricks der Baldwin-Regierung, die ihre Niederheit mit dem gefälschten „Sinotjew-Brief“ erschwandeln, können niemanden täuschen. Die englische Bourgeoisie sieht ihre Herrschaft durch den Aufstieg der Arbeiterklasse, durch das Erwachen der Kolonialvölker bedroht. Sie fürchtet in Sowjetrußland den mächtigsten Freund aller Ausgebeuteten und Unterdrückten. Durch brutale Gewalt und tückische Ausnutzung des Verrats hat sie der englischen Arbeitererschaft und der chinesischen Revolution schwere Schläge zugefügt. Jetzt glaubt sie die Stunde gekommen, mit dem Hort der Unterdrückten und Ausgebeuteten der ganzen Welt, mit dem einzigen Proletariat, der Sowjetunion, abzurechnen zu können. Jeder Arbeiter, jeder Werktätige, jeder aufrichtige Feind des imperialistischen Krieges muß verstehen:

England will den Krieg, England provoziert den Krieg mit allen Mitteln.

Die Sowjetregierung hat die ganze Reihe unerschämter Herausforderungen, von der Rote Chamberlains bis zur Entsendung der Henter Tschangsolins in die Fingerring Russische Bottschaft, mit unerschütterlicher Ruhe zurückgewiesen, sie hat mit fester Hand die Sache des Friedens verteidigt. Die Sowjetregierung, deren Vertreter in Genf soeben von der ganzen Welt die Sache der Ausgebeuteten führen, wird trotz aller Provokationen den Frieden weiter bis zum äußersten verteidigen. Aber der Weltimperialismus wird vor keiner Drohung, vor keinem Verbrechen zurückschrecken, um den Krieg gegen die Vormacht des internationalen Proletariats zu entfesseln.

Nur die kampfbereite, kampfbereite, kampfbereite Arbeiterklasse kann das Verhängnis abwehren. Der Plan jedes Klassenbewußten Arbeiters ist an der Seite des bedrohten russischen Proletariats.

Die deutsche Bourgeoisie steht mit den englischen Imperialisten im Bunde, sie beteiligt sich im Bündnis an den Kriegsplänen gegen die Sowjetunion und die rebellierenden Kolonialvölker. Ihre Presse unterstützt die Verbrechen und Lügen der englischen Kriegsheer. Die deutsche Bourgeoisie wird keinen Augenblick zögern, das deutsche Volk aufs neue als Kanonenfutter in

die Schützengräben zu jagen, wenn ihr die Aussicht auf neuen Gebietserwerb und Kolonialraub winkt. Aber kein Nachtgebot, keine Gewalt wird die Klassenbewußten Arbeiter Deutschlands zwingen, die Waffen gegen die russischen Brüder zu richten, Mordwerkzeuge für die Todfeinde des Proletariats herzustellen, Transporte für Arbeitermörder durchzulassen.

Am 8. Mai haben die tschechischen Garben des Stahlhelm unter dem Kommando wilmelminischer Generale ihre Bereitschaft im Kampfe gegen den Bolschewismus demonstriert. Die Berliner Arbeitererschaft hat in machtvollen Gegenangriffen gezeigt, daß sie zum Kampfe gegen die Organisatoren und Propagandisten des Massenmords entschlossen ist. Die reformistischen Führer, die Durchhaltende im Weltkrieg, haben die Polizei zum Schutz des tschechischen Kriegervereins gegen die Arbeiter gehegt, sie unterstützen jetzt Taten der Kriegsheer des Weltimperialismus gegen die Sowjetunion, sie werden auch in dieser kritischen Stunde an der Seite der Imperialisten gegen das Proletariat stehen.

Gegen die Kriegsvorbereitungen der Bourgeoisie, gegen die Kriegsdrohungen der englischen Imperialisten, gegen die Sabotage jeder wirksamen Massenaktion durch die Reformisten gilt es die arbeitenden Massen Deutschlands auszurüsten.

Jeder Betrieb, jede Gewerkschaft, jede Massenorganisation der Werktätigen, jede Arbeiterversammlung muß zur Frage der Kriegsgefahr Stellung nehmen und den Kampf gegen den Imperialismus und Kriegsgefahr zum Schutze der Sowjetunion mit allen Mitteln beschließen. Die Millionenarmee der Werktätigen muß sich unter den Losungen vereinen:

Keine Waffe, keine Munition, kein Transport für die Imperialisten!

Nieder mit dem britischen, nieder mit dem Weltimperialismus!

Nieder mit der Bürgerblockregierung, der Witter-Schworen der englischen Kriegsheer!

Hände weg von Sowjetrußland!

Aktive Solidarität mit dem revolutionären China!

Gegen den imperialistischen Krieg; für den Frieden!

Berlin, den 14. Mai 1927

Zentralkomitee der KPD
Sektion der Kommunistischen Internationale

Der erste Krach im Konjunkturgebäude

Die nunmehr nahezu ein Jahr andauernde Konjunkturbesserung wird jetzt zum ersten Male ernsthaft bedroht. Die Erschütterung geht aus vom Geld- und Kapitalmarkt. Die wachsende Verschuldung des deutschen Kapitalismus an das Ausland mit ihren Zins- und Abzahlungsverpflichtungen, die nunmehr in härterem Maße fällig werden, Reparationszahlungen führten einen immer größeren Abfluß an Auslandswährungen herbei, denn mit ausländischen Geldorten und Noten, die ja mit zur Deckung der deutschen Banknoten dienen, werden diese Verpflichtungen erfüllt. Diese Entwicklung war um so bedrohlicher, als es trotz aller Bemühungen nicht gelungen ist, durch Steigerung der deutschen Ausfuhr einen Ersatz für die abströmenden Devisen herbeizuschaffen. Um diese Schwierigkeiten zu beseitigen, forderten die Großbanken eine Detaillierung des offiziellen Zinsfußes der Reichsbank, der heute 5 Prozent beträgt. Dadurch wären automatisch auch die Zinsfuß in der gesamten übrigen Wirtschaft in die Höhe gegangen, und das ausländische Kapital hätte einen erhöhten Anreiz erhalten, seine Gelder in Deutschland anzulegen. Auf diese Weise wäre die gegenwärtige Desorientiertheit wenigstens vorübergehend beseitigt worden, aber nur auf Kosten einer noch stärkeren Verschuldung Deutschlands an das Ausland.

Dieser von den Banken vorgeschlagene Ausweg ist aber durch eine Aktion des Reichsbankpräsidenten Schacht vereitelt worden. Die Reichsbank hat an dieser Lösung kein Interesse, denn sie führt zu einer noch bedeutenderen Verstärkung der Gewinne und der Wertschöpfung des Großbankkapitals auf Kosten der Reichsbank. Schacht verlangt daher, daß die Großbanken ihre sogenannten „Reportkredite“ sofort einschränken sollten. Unter diesen Krediten versteht man jene Gelder, die die Banken der Börsenspekulanten jeder Richtung zur Verfügung stellen, damit sie mit Hilfe dieser geborgenen Summen Wertpapiere kaufen können. Diese sogenannten Reportkredite des Bankkapitals an die Spekulanten mögen zurzeit weit über 1,5 Milliarden Mark betragen. Werden diese Kredite eingeschränkt, so müssen die Spekulanten große Teile ihres Wertpapierbestandes verkaufen, wodurch die Börsenkurse gewaltig nach unten gerissen werden. Dadurch entstehen naturgemäß auch dem Bankkapital Verluste. Schacht ist es anscheinend dadurch gelungen, die Banken seinen Wünschen gefügig zu machen, daß er es verstanden hat, das Reichskabinett hinter sich zu bringen.

Heute kündigen die Berliner Großbanken eine Herabsetzung der Reportkredite für Mitte Juni um 25 Prozent an. Weitere Herabsetzungen sollen folgen. Und man hofft außerdem, daß sich die anderen Banken diesem Vorgehen anschließen werden. Auch Kreditbeschränkungen an die übrige Banklandschaft sind beabsichtigt. Das Gerücht von diesen Maßnahmen hat an der Börse vom 12. Mai geradezu verheerend gewirkt und einen ihrer berühmtesten schwarzen Tage herbeigeführt. Die Kurse sind um 10—20 Prozent gesunken, und für viele angebotene Papiere fanden sich überhaupt keine Käufer. Man kann noch nicht genau übersehen, wie die weitere Entwicklung verlaufen wird, aber es ist sehr wahrscheinlich, daß noch eine größere Reihe von schwarzen Tagen der Spekulation bevorsteht. Solche Entwicklung wird sich auch schließlich auf die übrige Wirtschaft auswirken; denn es gibt heute keine Fabrik, kein Geschäft vor nur einigermaßen Bedeutung, das nicht in erheblichem Maße an der Aktienpekulation beteiligt ist, von den großen Firmen und Konzernen ganz zu schweigen. Es besteht daher die Möglichkeit und die Gefahr, daß in absehbarer Zeit ein Umschlag in der Konjunkturumkehr erfolgt, und die Arbeitererschaft muß sich begeben auf diese Möglichkeit einstellen.

Der schwarze Freitag

Freitag, der 13. Mai ist ein Unglückstag für die Börsenspekulanten jeden Kalibers gewesen. Seitdem eine Berliner Börse besteht hat noch niemals derartige Kursstürze an einem Tage zu verzeichnen gewesen. Kursstürzen von 30 und 40 Prozent bildeten keine Seltenheit, ja, Papiere, die vorher als Lieblingstinder der Börse bezeichnet wurden, machten geradezu Rekordstürze nach abwärts. So gingen die Aktien des Oetwille-Schultheiß-Konzerns um mehr als 90 Prozent zurück und die Aktien der Vereinigten Glasstoffwerke kürzten sogar mit einem Schlage um 143 Prozent auf 500. Der gesamte Bestand an deutschen Aktien dürfte sich wohl am Donnerstag und Freitag um weit mehr als 10 Milliarden Mark entwertet haben. Das ist natürlich kein reiner Verlust, denn nur diejenigen Aktienbesitzer, die ihre Papiere wirklich zu den geklauten Kursen verkaufen, werden von dem Verlust betroffen, und das ist immerhin nur ein verschwindender Bruchteil der Gesamtbesitzer.

In normalen Vorkriegsjahren richtete sich der Kurs der Aktie nach der Dividende und dem durchschnittlichen Zinsfuß. Dieser beispielsweise 5 Prozent und gab eine Aktiengesellschaft 10 Prozent, so schwankte ihr Aktienkurs ungefähr um 200 Prozent herum, so daß die Aktienschreiber nicht mehr als den durchschnittlichen Prozentfuß für ihre Aktien vergütet erhielten, denn sie mußten ja, um für eine 1000-Mark-Aktie 100 Mark Zinsen zu erhalten beim Anlauf 2000 Mark (200 Prozent) bezahlen. Diese Zusammenhänge sind schon lange gestört. Der Mangel an Betriebskapitalen ist in Deutschland bei weitem noch nicht beseitigt, die Zinsfuß sind daher immer noch sehr hoch. Unter den normalen Vorkriegsverhältnissen würde dieser Zustand ausgeglichen werden durch die Verknüpfung Deutschlands mit der Weltwirtschaft. Hohe Zinsfuß bedingen hohe Werte, infolge

baki

mecken

m ANDE

lauternden d. l.

n

7 Uhr

Merk 0.50

h me

nt

AUS

u. 12

okal be-
ung
r.
nd
beal-
us
und
lm
voll



für die ersimme

te Q.

Krone

licher Auf-
denner
svorschrift

winger
eine und
Vergn-
gung